



## SDA-Bulletin

### **Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 12. April 2021**

Der Kantonsrat hat mit 142 Stimmen ein neues Mitglied des Handelsgerichts gewählt ([KR-Nr. 38/2021](#)).

Der Kantonsrat hat die Vereinbarung zwischen Kanton und Stadt Zürich über Errichtung und Betrieb des Forensischen Instituts Zürich (FOR) in zweiter Lesung beraten und mit 165 zu 0 Stimmen genehmigt ([5621](#)). Dabei genehmigte er auch die dafür notwendige Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes.

Im Strassengesetz hat der Kantonsrat in zweiter Lesung eine bundesrechtswidrige Bestimmung entfernt. Die Vorlage wurde in zweiter Lesung beraten und mit 170 zu 0 Stimmen genehmigt ([KR-Nr. 11/2014](#)).

Der Kantonsrat hat ein Postulat von GLP, FDP und Die Mitte zur Anwohner- und landschaftsverträglichen Linienführung für die SBB-Linie zum Brüttenertunnel im Glattal als erledigt abgeschrieben ([5657](#)).

Der Kantonsrat hat einem Antrag der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) zum Thema Start-ups mit 168 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt ([5575](#)). Die Regierung muss nun innert sechs Monaten einen Ergänzungsbericht vorlegen, in dem sie aufzeigt, wie die Rahmenbedingungen für Start-ups verbessert werden können. Ziel ist es, Zürich zum internationalen Start-up-Zentrum zu machen.

Der Kantonsrat hat weitere 700'000 Franken für den Verein Zürich Tourismus bewilligt ([5664](#)). Er bewilligte das Geld mit 153 zu 4 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Damit beträgt die Corona-Unterstützung des Kantons bis nächstes Jahr 4,8 Millionen Franken. Mit dem Geld soll der Tourismus in der Region wieder angekurbelt werden.

Ein SVP-Postulat zur Limmattalbahn ist mit 123 Nein- zu 44 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen nicht an den Regierungsrat überwiesen worden ([KR-Nr. 152/2019](#)). Mit dem Vorstoss wurde verlangt, dass die Grossbaustelle für die Limmattalbahn mit der Baustelle für den Wärmeverbund koordiniert werden sollen.

Der Rat hat eine Motion von GLP, EVP und SP zur Finanzierung von Strassenbauten und anderen baulichen Massnahmen entlang von Staatsstrassen mit 91 Nein- zu 78 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt ([KR-Nr. 208/2019](#)).

Der Kantonsrat hat die Regierungsrats-Antwort zu einer Interpellation von SP, Grünen und AL zur Kenntnis genommen ([KR-Nr. 371/2019](#)). Darin ging es um die Umkleidezeit im Gesundheitswesen, die als Arbeitszeit gelten soll. Diese Frage ist nach wie vor bei Gerichten hängig.

(sda)